

Einkaufsbedingungen

1. Allgemeines

Die Einkaufsbedingungen von M Plan (AG) gelten ausschließlich; entgegenstehende oder von diesen abweichende allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten werden nicht anerkannt. Es sei denn, der AG hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt.

2. Angebote

2.1 Angebote von Lieferanten werden als Vertragsanträge, ausschließlich zu den Einkaufsbedingungen des AG, angenommen. Angebote sind in deutscher oder englischer Sprache zu verfassen. Wenn schriftlich nichts anderes vereinbart ist, verpflichtet sich der Lieferant, das Angebot 6 Wochen, vom Datum des Angebotes an gerechnet, aufrechtzuerhalten. Die Bestellung gilt immer als Annahme des Vertragsangebotes des Lieferanten.

2.2 Angebote und Kostenvorschläge sind verbindlich und für den AG kostenfrei abzugeben.

3. Bestellungen/Vertragsabschluss

3.1 Vereinbarungen und Bestellungen sind für den AG nur verbindlich, wenn sie schriftlich erteilt oder nach mündlicher oder fernmündlicher Erteilung schriftlich bestätigt werden.

3.2 Aus mündlichen oder fernmündlichen Bestellungen, Auskünften, Zusagen etc. können keine Rechte gegen den AG hergeleitet werden. Solche mündlichen Erklärungen sind nur bindend, wenn sie von dem AG schriftlich bestätigt werden oder wenn der AG nachweislich auf die Schriftform verzichtet hat.

4. Lieferung/Verzug

4.1 Die vereinbarten Liefer- und Leistungs-terminen sind für den Lieferanten verbindlich. Die Liefertermine verstehen sich für den Eingang der Lieferung bei der von dem AG genannten Lieferanschrift. Kommt der Lieferant mit der Lieferung/Leistung in Verzug, ist der AG berechtigt, für jeden Arbeitstag der Verzögerung eine Entschädigung in Höhe von 0,2 % – insgesamt jedoch von höchstens 5 % – vom Wert der vereinbarten Lieferung geltend zu machen. Dies gilt auch im Falle des Rücktritts des AG vom Vertrag. Der AG behält sich die Geltendmachung einer solchen Verzögerungsentschädigung bis zum Zeitpunkt der vollständigen Bezahlung vor. Die gesetzlichen Ansprüche in einem solchen Fall bleiben unberührt.

4.2 Der AG ist berechtigt, eine entsprechende Vertragsstrafe mit Ansprüchen des Lieferanten zu verrechnen.

4.3 Jeder Lieferung sind die notwendigen Lieferpapiere beizufügen.

4.4 Bei unvollständigen oder unrichtigen oder verspätet eingehenden Versandpapieren hat der

Lieferant die daraus resultierenden Folgen zu tragen.

4.5 Von den Vereinbarungen abweichende Lieferbedingungen sind nur mit der vorherigen Zustimmung des AG zulässig.

4.6 Die Lieferungen erfolgen einschließlich ordnungsgemäßer Verpackung frei Lieferanschrift.

4.7 Hat der Lieferant die Aufstellung oder die Montage des Liefergegenstandes übernommen, so trägt der Lieferant vorbehaltlich abweichender Regelungen alle erforderlichen Nebenkosten wie Reisekosten, Bereitstellung von Werkzeugen etc.

4.8 Beinhaltet der Produktlieferungsumfang Software, einschließlich der Dokumentation, hat der AG neben dem Recht auf Nutzung im gesetzlich zulässigen Rahmen (§§ 69a ff. UrhG) weiterhin das Recht auf Nutzung im für die vertragsgemäße Verwendung des Produkts erforderlichen Umfang. Der Lieferant sichert dem AG ausdrücklich das Recht zur Erstellung einer Sicherungskopie zu.

5. Hinweispflicht

Lieferverzögerungen, deren Gründe und zeitliche Dauer hat der Lieferant unverzüglich schriftlich an die bestellende Abteilung des AG zu melden. Eventuelle Ansprüche des AG gegen den Lieferanten bleiben hiervon unbeeinträchtigt.

6. Annahmefreiung

Soweit der AG durch Arbeitskämpfe oder durch höhere Gewalt verhindert ist, den Liefergegenstand anzunehmen, ist der AG für diese Zeit von der Verpflichtung zur rechtzeitigen Annahme befreit.

7. Gefahrenübergang

Im Falle des Versendungskaufes geht die Gefahr des Unterganges der Lieferung/Leistung auf den AG nach Anlieferung an der vereinbarten Abladestelle über. Beim Werkliefervertrag verbleibt das Risiko bis zur vollständigen Abnahme der gesamten Leistung durch den AG beim Lieferanten.

8. Liefermengen

Dem Lieferanten ist nur erlaubt, die von dem AG bestellte Menge zu liefern. Abweichende Mengen werden von dem AG nur akzeptiert, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde. Der Lieferant verpflichtet sich, alle erforderlichen Warenbegleitpapiere, Frachtbrieft, Lieferantenerklärungen, Prüfprotokolle und sonstigen Unterlagen auf seine Kosten rechtzeitig beizustellen. Hängt die Abnahme der Lieferung von einer vollständigen Dokumentation ab, gerät der AG nicht in Annahmeverzug, wenn die entsprechenden Unterlagen nicht rechtzeitig vom Lieferanten vorgelegt wurden oder der AG keine angemessene Zeit zu deren Prüfung mehr hatte.

9. Teillieferungen

Bei Teillieferungen auf eine vertraglich vereinbarte Leistung gilt die Leistung erst dann als von dem Lieferanten erbracht, wenn diese vollständig geliefert wurde. Die Regelung des § 363 BGB findet keine Anwendung. Der Lieferant trägt die durch Teillieferungen entstandenen Mehrkosten in Bezug auf Transport, Verpackung etc. Der AG ist berechtigt, eine Verrechnung eventueller Mehrkosten mit den Ansprüchen des Lieferanten herbeizuführen. Die Teillieferungen sind dabei nicht als ein jeweils in sich abgeschlossenes Geschäft zu bewerten. Sämtliche Ansprüche des AG hinsichtlich einer vertraglich vereinbarten Leistung werden durch Teillieferungen nicht berührt, insbesondere nicht hinsichtlich der Sachmängelhaftung. Bei Abrufaufträgen ist der Lieferant verpflichtet, sämtliche Abrufmengen so bereitzustellen, dass er den Liefertermin als Fixtermin einhalten kann.

10. Qualität und Qualitätsprüfung

Sind in Bezug auf die Leistungserbringung bestimmte Qualitäten oder Güteklassen abgesprochen, so gelten sie als vereinbarte Beschaffenheit.

11. Preise

Alle in Vertragsanträgen genannten Preise sind als Festpreise zu werten. Wenn nichts anderes schriftlich vereinbart wurde, verstehen sich die Preise frei Werk verzollt (DDP gemäß Incoterms 2000), einschließlich Verpackung, zzgl. der zu dem Zeitpunkt gültigen Mehrwertsteuer.

12. Auftragsbestätigungen, Rechnungen, Lieferscheine und Versandanzeigen

Auftragsbestätigungen und Rechnungen sind dem AG mit separater Post zuzusenden; sie dürfen nicht der Ware beigelegt werden. Lieferscheine müssen der Ware beigelegt werden.

Auf allen Dokumenten sind, neben der genauen Bezeichnung des Lieferumfanges nach Artikel, Art und Menge, insbesondere Bestellnummern und Besteller anzugeben. Direkte Lieferungen an Kunden des AG sind grundsätzlich werbeneutral auszuführen.

13. Werkzeuge, Unterlagen und Zeichnungen

Der Lieferant verpflichtet sich, zum Zwecke der Auftragsdurchführung von dem AG erhaltene Werkzeuge, Prüfmittel, Unterlagen, Pläne, Muster, Zeichnungen, Datenträger etc. mit der erforderlichen Sorgfalt und Vertraulichkeit zu behandeln. An ihnen erwirbt er kein wie auch immer geartetes Zurückbehaltungsrecht. Er darf sie Dritten nur zum vertragsgemäßen Gebrauch zugänglich machen. Entsteht dem AG aus der Nichteinhaltung dieser Regelung ein Schaden, ist der Lieferant zum Schadenersatz verpflichtet.

14. Sachmängelhaftung

14.1 Der Lieferant gewährleistet, dass alle Lieferungen dem Vertrag und sämtlichen anderen von der EU oder vom Gesetzgeber z. B. hinsichtlich Ausführung, Unfallverhütung und Umweltschutz erlassenen Vorschriften und Richtlinien in der zum Lieferzeitpunkt geltenden Form und dem Stand der Technik entsprechen.

14.2 Die Sachmängelhaftungsfrist beträgt 24 Monate, beginnend mit der Inbetriebnahme oder technischen Endabnahme der Lieferung durch den AG. Bei Lieferungen, bei denen eine Inbetriebnahme oder technische Endabnahme nicht vorgesehen ist, beträgt die Gewährleistungszeit ebenfalls 24 Monate, jedoch beginnend mit dem Tag der Anlieferung.

14.3 Bei Lieferungen, die von dem AG zur Weiterveräußerung angeschafft werden, beginnt die Sachmängelhaftungszeit mit der Inbetriebnahme oder technischen Endabnahme durch den Endkunden. Bei Lieferungen, bei denen keine Inbetriebnahme oder technische Endabnahme erfolgt, beginnt die Sachmängelhaftungszeit mit der Anlieferung beim Endkunden. Sie endet jedoch spätestens 36 Monate nach der Anlieferung bei der im Vertrag genannten Versandanschrift.

14.4 Bei mangelhafter Lieferung ist der AG berechtigt, innerhalb der Sachmängelhaftungszeit die ihm gesetzlich zustehenden Ansprüche wahlweise geltend zu machen.

14.5 Kosten infolge mangelhafter Lieferung des Vertragsgegenstandes, insbesondere im Bereich von Transport-, Wege-, Arbeitskosten, hat der Lieferant zu tragen.

14.6 Dem AG stehen bei Nachbesserungen in unzumutbarem Umfang wahlweise die gesetzlichen Sachmängelhaftungsansprüche oder ein Anspruch auf unentgeltliche Ersatzlieferung zu.

14.7 Kommt der Lieferant der Aufforderung zur Beseitigung eines Mangels innerhalb einer angemessenen Frist nicht nach, so steht dem AG das Wahlrecht zu, die erforderlichen Maßnahmen selbst vorzunehmen oder von Dritten vornehmen zu lassen. Die Kosten hierfür hat der Lieferant zu übernehmen. Ohne vorherige Abstimmung können Maßnahmen zur Behebung kleinerer Mängel oder zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden oder zur Vermeidung von Gefährdungen der Betriebssicherheit beim AG oder dessen Kunden auf Kosten des Lieferanten vom AG oder von durch den AG beauftragten Dritten durchge-

führt werden. Über Anlass, Art und Umfang wird der Lieferant umgehend benachrichtigt. Die Sachmängelhaftungspflicht wird hierdurch nicht eingeschränkt.

14.8 Die Sachmängelhaftungszeit ist zwischen der Anzeige des Mangels und dessen Beseitigung oder bis zu einer eventuellen Verweigerung der Erfüllung der Sachmängelhaftungsansprüche durch den Lieferanten gehemmt. Für zu ersetzende oder nachzubessernde Teile beginnt sie erneut mit Wiederherstellung der vertragsgemäßen, mängelfreien Verwendungsfähigkeit der Leistung.

14.9 Durch Annahme und Verwendung der Leistung oder durch die Billigung z. B. von Unterlagen und Zeichnungen verzichtet der AG nicht auf die im Vorfeld bezeichneten Ansprüche.

14.10 Bei Fehlen einer abweichenden Vereinbarung ist die Lieferung unverzüglich untersucht, wenn die Untersuchung innerhalb von 5 Werktagen nach Anlieferung erfolgt. Die Pflicht zur unverzüglichen Mängelrüge ist vom AG erfüllt, wenn innerhalb von 10 Werktagen nach Entdeckung des Mangels dieser dem Lieferanten angezeigt wird.

15. Produkthaftung

Wird der AG von Dritten aufgrund einer Produkthaftung in Anspruch genommen, die durch einen Fehler des vom Lieferanten gelieferten Vertragsgegenstandes verursacht wurde, verpflichtet sich der Lieferant, den AG von derartigen Ansprüchen freizustellen und sämtliche in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten und Aufwendungen, einschließlich der Kosten einer etwaigen Rechtsverfolgung, zu tragen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

16. Schutzrechte Dritter

16.1 Der Lieferant garantiert, dass die Lieferung frei von Schutzrechten Dritter ist, und verpflichtet sich, den AG von allen Schäden und Kosten freizustellen, die aus der Nichteinhaltung dieser Garantiezusage oder der Untersagung des Gebrauchs der Lieferung durch Dritte entstehen.

16.2 Ansprüche für derartige Mängel verjähren 10 Jahre nach der Anlieferung.

17. Zahlungsbedingungen

17.1 Die Zahlungsfrist beginnt mit der erfolgten Anlieferung, frühestens jedoch mit Erhalt einer ordnungsgemäßen Rechnung, nicht jedoch vor dem vereinbarten Liefertermin. Ist keine geson-

derte Zahlungsfrist schriftlich vereinbart, so erfolgt die Zahlung entweder innerhalb 14 Tagen unter Abzug von 3 % Skonto oder innerhalb 30 Tagen netto. Die Zahlung erfolgt unter Vorbehalt der Rechnungsprüfung.

17.2 Die Ausübung des Eigentumsvorbehalts ist nur bei vorherigem Rücktritt vom Vertrag möglich.

18. Geheimhaltung/Werbung

18.1 Sämtliche dem Lieferanten zur Ausführung von Bestellungen überlassenen Zeichnungen und sonstigen technischen Unterlagen bleiben Eigentum des AG. Sie sind nach Ausführung des Auftrages ohne besondere Aufforderung unverzüglich an den AG zurückzugeben.

18.2 Die Unterlagen dürfen nur in dem vom dem AG genehmigten Umfang benutzt und ohne vorherige schriftliche Zustimmung nicht vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden.

18.3 Erzeugnisse, die nach vom AG entworfenen Unterlagen, wie Zeichnungen, Modellen etc., oder nach vertraulichen Angaben oder nach gebauten Werkzeugen angefertigt sind, dürfen vom Lieferanten weder selbst verwendet noch Dritten angeboten oder geliefert werden.

18.4 Auf die Geschäftsverbindung mit dem AG darf in der Werbung des Lieferanten nur mit schriftlichem Einverständnis des AG hingewiesen werden.

19. Gerichtsstand und anwendbares Recht

19.1 Gerichtsstand ist Gummersbach, Deutschland. Der AG ist jedoch berechtigt, seine Ansprüche auch am allgemeinen Gerichtsstand des Lieferanten geltend zu machen.

19.2 Für die gegenseitigen Rechtsbeziehungen gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge des internationalen Warenkaufs (CISG).

20. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Zusatzbedingungen unwirksam sein, unwirksam werden oder nicht durchführbar sein, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung soll durch eine Regelung ersetzt werden, die dem rechtlichen und wirtschaftlichen Zweck dieser Bestimmung am nächsten kommt.